

Freier Aargauer

ehemaliges offizielles Organ der Arbeiterpartei des Kantons Aargau

Eine linke Stimme in der Aargauer Presse Vor 100 Jahren wurde der freie Aargauer gegründet

Vor 100 Jahren - am 1. Mai 1906 wurde die sozialdemokratische Zeitung „Freier Aargauer“ aus der Taufe gehoben. Zum Jubilieren gibt es allerdings nichts. Am 30. April 1987 wurde die letzte Ausgabe gedruckt.

Von Josef Beck
ehemaliger Redaktor FA

„Es hat nie rentiert und wird wohl nie rentieren. Trotzdem überlebt das SP-Zeitungs-Tandem „Freier Aargauer“ und das Zürcher „Volksrecht“ durch finanzielle Solidarität seiner Leser. Der jüngste Spendenaufruf und das hochgesteckte Ziel von 150'000 Franken sind praktisch erreicht und die Existenz ein weiteres Jahr gesichert“.

Die Freude war von kurzer Dauer und erwies sich als reiner Zeckoptimismus. Wenige Monate nach der Erfolgsmeldung in mehreren Schweizer Zeitungen sah sich die Presseunion als Herausgeberin des „Freien Aargauers“ (FA) gezwungen, „das Erscheinen der Zeitung in ihrer bisherigen Form auf Ende April 1987 einzustellen“. In einer denkwürdigen ausserordentlichen Generalversammlung der Genossenschaft am 2. Juli 1986 im „Roten Haus“ in Brugg war dem „Freien Aargauer“ nach jahrelangem Überlebenskampf der endgültige Todesstoss versetzt worden. Vier Teilzeitredaktoren, drei Mitarbeitende in der Administration und neun in der Technik, verloren ihre Stelle.

Mit der letzten Ausgabe endete eine 81-jährige Zeitungsgeschichte, die nach einem Buchdruckerstreik 1906 in Aarau begonnen hatte. Drei Mitglieder der Gewerkschaft Typographia, die besonders aktiv in der Vertretung der Arbeiterinteressen gewesen waren und von den Unternehmern deshalb nicht mehr eingestellt wurden, errichteten am Graben in Aarau eine eigene kleine Buchdruckerei mit dem Ziel, im Aargau eine sozialdemokratische Zeitung herauszugeben. Unter dem Namen „Der Freie Aargauer“ erschien am 1. Mai ein kleinformatiges Blatt mit vier Seiten.

Das finanzielle Fundament gelegt hatte ein Vertrag mit der Aargauischen Arbeiterpartei, die in der ersten Ausgabe kräftig die Werbetrommel für das neue Zeitungsprodukt rührte: „Dem Grossteil unseres Volkes“, so der Kantonalvorstand in einem Aufruf an die werten Genossen, „fehlt trotz der riesigen Entfaltung aller Produktivkräfte und der gewaltigen Zunahme der gesellschaftlichen Machtmittel die soziale Freiheit; in Wort und Tat unterstützt daher Euren Vorkämpfer, ‚Der Freie Aargauer‘, und schafft dem politischen Tatendrang der kantonalen Arbeiterschaft freie Bahn“.

Unmissverständlich war auch die Kampfansage der Redaktion: „Der einstige stolze Freisinn der aargauischen Radikalen treibt dem moralischen Bankrott entgegen, er ist faul bis ins Mark und unfähig, an der Lösung der grossen brennenden Tagesfragen mitzuarbeiten. Unser einst vorbildli-

cher Kanton ist zu einer Hochburg der Reaktion geworden“.

„Das waren“, stellte Arthur Schmid sen. 50 Jahre später fest, „kühne Worte in einer Zeit, wo der Freisinn noch allmächtig war und die absolute Mehrheit im aargauischen Grossen Rat sass. Aber die Genossen, welche der Arbeiterpartei von damals angehörten, waren entschlossen, unermüdlich für die Ideen des Sozialismus zu werben und glaubten daran, dass der Freisinn an Einfluss und an Macht verlieren werde“. Die „kühnen Worte“ widerspiegelten aber auch die ganze Empörung, die einen Teil der Arbeiter erfasst hatte, „ob der wirtschaftlichen Untertänigkeit, die man von ihr forderte und der brutalen Art, wie man gegen Streikende vorging“.

Zunächst erschien „Der Freie Aargauer“ zwei Mal pro Woche. 1912 wurde daraus eine Tageszeitung, betreut von Alleinredaktoren. Erst 1920 wurde mit Dr. Arthur Schmid, dem Vater des nachmaligen Regierungs- und Nationalrates, erstmals ein Chefredaktor ernannt. Mit spitzer Feder prägte Schmid während Jahrzehnten nicht nur den Inhalt der Zeitung, sondern auch die Sozialdemokratische Partei jener Jahre. 1958 trat Werner Thürig die Nachfolge als Chefredaktor an. 1970 übernahm der spätere Nationalrat- und Regierungsrat Silvio Bircher die Leitung der Redaktion. Letzter Chefredaktor war Peter Stöckling, bevor zu Beginn der 80-Jahre die Zeitung im Kollektiv geführt wurde.



Bei seiner Gründung 1906 wurde der „Freie Aargauer“ in diesem Haus am Graben in Aarau gedruckt.

Die 80-jährige Geschichte des „Freien Aargauer“ war immer geprägt durch kämpferischen Journalismus, lange Zeit mit dem Parteibuch der Sozialdemokraten in der Hand. Als Kampfblatt

nahm er Partei für die Schwächeren, erst mit roter Tinte, später kamen grüne Töne, lila-feministische und andere

Fortsetzung auf Seite 3

Löhne rauf - und Lohnungleichheit jetzt!

Maifeiern 2006

(Ort, Zeit, Hauptredner/in)
Details auf: www.agb.ch

Aarau

16.00 Uhr, Kirchplatz
Jo Lang, Nationalrat

Baden

14.00 Uhr, Bahnhofplatz
Urs Hofmann, Nationalrat

Brugg

18.00 Uhr, Dampfschiff
Claudio Marti, SP Aargau

Rheinfelden

14.00 Uhr, Im Rumpel
Roland Agustoni, Grossrat

Lenzburg

10.00 Uhr, Metzplatz
Margret Kiener Nellen, NR

Reinach

Sa, 29.4., 18.00 Uhr, Volkshaus
Urs Hofmann, Nationalrat

Zofingen

15.00 Uhr, Markthalle
Anne-Käthi Kremer Einwohnerrätin
Philippe Dietschi, Einwohnerrat

Muri

17.30 Uhr, Kloster Muri
Jo Lang, Nationalrat

Olten

14.00 Uhr, Schützi
Doris Bianchi, Sekretärin SGB

Die Gewinne explodieren, die Manager und Aktionäre sahen ab. Zum Beispiel Marcel Ospel: Der Verwaltungsrats-Präsident der UBS hat im vergangenen Jahr einen Lohn von 24 Millionen Franken erhalten - 12,7 Prozent mehr als 2004. Ospel verdient also 100'000 Franken pro Arbeitstag.

1. Mai Aufruf Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Die neue Managerkaste schant sich immer unverschämter Gehälter zu. Und mit unmoralischen Gesetzesrevisionen wollen sie immer weniger Steuern bezahlen.

Der grossen Mehrheit der Beschäftigten jammern die gleichen Leute seit Jahr und Tag vor, der Schweiz gehe es immer schlechter, man müsse den Gürtel enger schnallen und für die längst überfällige Lohnerhöhung und für gerechte Frauenlöhne reiche es leider nicht mehr.

Tatsache aber ist: Nur die Spitzenlöhne und Börsengewinne steigen. Die Frauen dagegen werden um ihren Lohn geprellt. Seit 25 Jahren garantiert die Verfassung den Frauen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Aber immer noch hinken die Frauenlöhne um über

20 Prozent hinter den Männerlöhnen her.

Die realen Einkommen der Normalhaushalte haben in den letzten Jahren kaum zugenommen. Ungenügende Lohnsteigerungen haben vielfach die steigenden Ausgaben für die Kranken- und die Pensionskassen und die Mieten nicht kompensieren können. Gleichzeitig aber haben die Arbeitnehmenden mehr geleistet: Die Produktivität ist wie schon lange nicht mehr gestiegen.

Gute Löhne für alle sind jedoch im Interesse aller. Anständige Löhne bringen Sicherheit in die Familien, stärken die Kaufkraft, vermindern die Zukunftsangst und damit den Sparrang, beleben so die Binnenwirtschaft und führen zu mehr Wachstum. So funktioniert eine gerechte Wirtschaft und nicht umgekehrt!

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund stellt den 1. Mai 2006 sowie das ganze Jahr unter das Motto „Löhne rauf - und Lohnungleichheit jetzt!“ Die Reallöhne müssen endlich wieder markant steigen. In zu vielen Branchen dümpeln sie seit zu vielen Jahren vor sich her. Und die Frauenlöhne müssen nun endlich zielstrebig an die Männerlöhne heran geführt werden!

Und sie können es! Denn endlich ist der Aufschwung da; die Wachstumsprognosen für 2006 werden laufend nach oben korrigiert - und das bei einer tiefen Teuerung.

Die Gewerkschaften führen eine gemeinsame Lohnkampagne. Sie werden höhere Löhne und mehr Lohnungleichheit kollektiv in den Branchen durchsetzen. Die Mobilisierung der Beschäftigten und öffentlicher Druck zahlen sich aus.

Das soziale Klima in unserem Land ist kälter geworden. Viele Jugendliche finden nach der Schule keine Lehrstelle oder nach der Lehre keine feste Stelle. Immer mehr Arbeitgeber treten die Rechte der Arbeitnehmenden mit Füßen und beschneiden ihren Anteil am wirtschaftlichen Wachstum. Seit die bürgerlichen Parteien meinen, ihre Politik an derjenigen der SVP messen zu müssen, ist die Hatz auf Asylbewerber und Ausländer nicht mehr nur das Programm von Rechtsausserparteien. Im bürgerlichen Lager hat ein Wettbewerb darüber eingesetzt, wer besser ist im Beschneiden von Minderheitsrechten, beim Abbau von sozialen Errungenschaften, ein Rennen darum, wer die Nase vorn hat bei der Privatisierung des öffentlichen Dienstes. Schlimm ist, dass sich diese 1. August-Demokraten sogar um Volksscheide foutieren wollen. Da müssen

wir diesen selbst ernannten Herren der Schöpfung einen dicken Strich durch die Rechnung machen.

Der 1. Mai ist auch der Tag der Solidarität. Er ist der einzige Feiertag, der auf der ganzen Welt begangen wird und eine einmalige Gelegenheit, sich in Erinnerung zu rufen, dass sozialer Fortschritt, höhere Löhne, Menschenrechte nie geschenkt wurden, sondern immer erkämpft werden mussten.



caféNational

SAMSTAG, 17. JUNI 2006

09.30 BIS 11.30 UHR

IM PARK HINTER DEM

GROSSRATSGEBÄUDE

(BEI SCHLECHTWEITER IM GROSSRATSSAAL)

AARAU

MENU

SOMMERSESSION À LA MINUTE!

GEMEINSAM SERVIERT VON

NATIONALRAT URS HOFMANN

NATIONALRATSPRÄSIDENT

CLAUDE JANIAK

DESSERT:

DES QUESTIONS SURPRISES.

Alle sind herzlich willkommen. Im Anschluss an das Café National offeriert die SP Aarau einen Apéro.

Die Schweiz nur noch den Reichen? Die Werktätigen haben die Zukunft der Schweiz in der Hand

Noch nie hat eine Gesellschaft von den Reichen gelebt, es war immer umgekehrt, die Reichen lebten von der Gesellschaft. Oder besser: Von der arbeitenden Bevölkerung.

Die arbeitende Bevölkerung ist es, die Güter und Dienste produziert. Arbeit erzeugt Mehrwert, Rendite,

Von Hans-Jürg Fehr
Präsident SP Schweiz

Reichtum. Das Problem ist bloss, dass es die Reichen, die Besitzenden ganz anders sehen. In ihren Augen sind sie es, die mit ihrem Geld investieren, Arbeitsplätze schaffen, Risiken eingehen und darum auch Anspruch haben auf eine möglichst hohe Verzinsung ihres Kapitals. Und weil Macht aus Besitz entsteht und nicht aus Arbeit, können sie sich durchsetzen. Sogar in einer direkten Demokratie.

Wie sonst wäre zu erklären, dass 86 Prozent der Obwaldner Stimmberechtigten einem Steuergesetz zustimmten, das die Reichen entlastet? Wieso haben das die Schaffhauserinnen und Schaffhauser auch getan und werden es demnächst die Appenzellerinnen und Appenzeller tun? Weil sie den Sirenentönen erliegen: „Wenn Ihr uns entgegen kommt, ziehen wir zu Euch und zahlen unsere Steuern bei Euch“. Dass die dergestalt angelockten reichen Zuzüger anderswo wegziehen, dort also Löcher in die Staatskasse reissen, kümmert dann nur noch die, die den Verlust zu tragen haben.

Das gleiche Phänomen haben wir in der Schweiz immer wieder im Zusammenhang mit Abstimmungen über Wohneigentum und Miete erleben können. Obwohl drei Viertel der Bevölkerung nicht im eigenen Haus wohnen, stimmen viele wie wenn sie es täten, so dass die hausbesitzende Minderheit regelmässig gewinnt. Und warum stimmen sie gegen ihre eigenen unmittelbaren Interessen? Weil die Sehnsucht mehr zählt als die Realität. Weil sie glauben oder hoffen, dass sie es doch noch einmal zu Wohneigen-



tum bringen werden und das sozusagen präventiv vorwegnehmen.

Natürlich haben die Werktätigen in der Schweiz eine Zukunft, die Frage ist bloss, welche? Die Antwort auf diese Frage hängt nicht zuletzt von den Werktätigen selbst ab. Sie müssten als Mieterinnen und Mieter nicht für die Hausbesitzenden stimmen. Sie haben es in der Hand, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Sie müssten nicht Steuergesetze annehmen, die ihnen vielleicht ein Brösmeli, den Reichen aber einen ganzen Kuchen bescheren. Sie hätten es in der Hand, für gerechtere Verhältnisse zu sorgen. Sie müssten nicht Leute in Regierungen und Parlamente wählen, die den Besitzenden nahe stehen; sie könnten Leute wählen, die ihnen nahe stehen.

Kurz und bündig: Welche Zukunft Werktätige in der Schweiz haben, hängt entscheidend von ihnen selbst ab. So schwierig es ist, als abhängige Angestellte in einem Betrieb gegen die Chefs anzutreten, so leicht ist es, dies im Schutz des Wahl- und Stimmgeheimnisses zu tun. In der politischen Demokratie steckt ein grosses Potenzial. Wir könnten zum Beispiel eine Steuerharmonisierung beschliessen und so dem gegenseitigen Abwerben von Reichen ein Ende setzen. Wir

könnten eine nationale Steuer auf Erbschaften über 500'000 Franken einführen und so die Hälfte der wachsenden Pflegekosten bezahlen. Wir könnten einkommensabhängige Krankenkassenprämien beschliessen und so den Personen mit kleinem bis mittlerem Einkommen eine massive finanzielle Entlastung verschaffen. Die Werktätigen könnten selbst dafür sorgen, dass die Werktätigen eine Zukunft haben in der Schweiz. Es ist an der Zeit, dass sie es tun.

Die allererste Ausgabe des Freien Aargauers haute gegen den Freisinn nicht nur auf den Putz. Sie reklamierte auch dessen Erbe für sich. Insbesondere das des Kulturkämpfers Augustin Keller, der tatsächlich dem Sozialismus nahe stand.

„Der Kanton Aargau war es einst, von dem aus grosse, herrliche Freiheitsideen ihren Siegeszug durch

Von Josef Lang *
Nationalrat Alternative Kanton Zug

die übrige Schweiz nahmen. Es waren Gedanken des Fortschrittes, die durch einsichtige, tatkräftige Männer und Volksfreunde mit raschem Entschluss in die Tat umgesetzt worden waren.“ Die Pioniere der Aargauer Sozialdemokratie zollten den radikalen Pionieren des Freisinns in der ersten Nummer des „Freien Aargauers“ grossen Respekt: „Die markigen Gestalten vom Schläge eines Heinrich Zschokke, eines Augustin Keller, sie sind dahingegangen und ihre Nachfolger sind kraftlose Schattenbilder von Politikern, denen die Initiative zu fortschrittlichem Handeln fehlt.“ Der „einst vorbildliche Kanton“ sei zu einer „Hochburg der Reaktion“ geworden, weil er „einzig und allein auf die Geldinteressen der Besitzenden“ Rücksicht nehme.

Exakt gegen diese „Geldinteressen“ hatte Augustin Keller 1852 eine neue, dem sozialen Fortschritt verpflichtete Kantonsverfassung durchgesetzt. Nachdem die ersten drei Revisionen in den beiden Vorjahren haushoch verworfen worden waren, übernahm der Klosteraufheber aus dem Freiamt die Initiative. In die vierte Version baute

Sozialdemokratische
Partei des Kantons Aargau
Bachstrasse 43
Postfach
5001 Aarau
www.sp-aargau.ch
sekretariat@sp-aargau.ch

SP

klar.sozial

KYBURZ
DRUCK GmbH

Hauptstrasse 162 Tel.: 062 724 02 40 u.kyburz@kyburz-druck.ch
5742 Kölliken Fax: 062 724 02 41 www.kyburz-druck.ch

Augustin Keller - ein freisinniger Sozialist

er eine direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuer ein. Dafür senkte er die indirekten Abgaben. Zusätzlich wies er zum Schutze der Kleinen die Festsetzung des Salzpreises dem Staate zu. Im Abstimmungskampf spaltete sich der Freisinn in zwei Flügel. Die rechte besitzbürgerlich beherrschte Bourgeois-Fraktion bekämpfte das neue Steuersystem als „kommunistisch“. Die siegreiche linke, bildungsbürgerlich geprägte Citoyens-Strömung wies auf die wachsenden Staatsaufgaben, insbesondere im Bildungswesen, hin.



Der Wettinger Seminarleiter Keller, dessen 200. Geburtstag kürzlich begangen wurde, stellte sein Engagement für mehr Steuergerechtigkeit in einen globalen Zusammenhang. Vor dem Verfassungsrat erklärte er, bereits in der Französischen Revolution sei der „politischen Befreiung unaufhaltsam der Kampf für die soziale Gleichheit“ gefolgt. In der Schweiz habe die Revolution 1848 „den Bau der Freiheit unter Dach gebracht“ und jetzt lege sie „die Riesenhand an eine neue Organisation der sozialen Verhältnisse.“ Im Abstimmungskampf stellte Keller die betuchten Revisionsgegner als „Geldjunker“, „Nütznutz“ und „Scheslirütscher“ hin, die nur „Schesen“ (Kutschen) fahren können und dabei noch meinen, „Alles im Kanton sei nur eurtwegen da“.

Augustin Keller, der sich bereits in den 1840er Jahren zu einem „veredelten Sozialismus“ bekannte, gehörte später als Regierungsrat wie auch als Bundesparlamentarier zu den profiliertesten Verfechtern einer modernen Sozial- und Fabrikgesetzgebung. 1872 liess er gleich nach dem Scheitern der Totalrevision der Bundesverfassung

dem linksdemokratischen Grütliverein einen Programmentwurf für einen zweiten, radikaleren und sozialeren Anlauf zukommen. Eine der wichtigsten Errungenschaften der 1874 deutlich angenommenen neuen Bundesverfassung war das Fabrikgesetz. Der Grütliverein wurde kurz darauf zu einem Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Wenn die Aargauer Sozialisten vor hundert Jahren das Erbe von Augustin Keller beanspruchten, war das keine Erbschleicherei. Auch heute sind die freisinnigen Gründer des Aargaus und des Bundesstaates in der Linken besser aufgehoben als in einem noch reaktionärer gewordenen Bürgerblock.

* Josef Lang, Historiker, verfasste für den Sammelband „Augustin Keller (1805-1883) und seine Zeit“ den Artikel „Der Bundesrevolutionär“.

sva
AARGAU
Sozialversicherung

Kyburgerstrasse 15
5001 Aarau

Das Kompetenzzentrum für
Sozialversicherungsfragen
im Kanton Aargau

- Ausgleichskasse
- IV-Stelle
- Familienausgleichskasse
- Erwerbsersatzordnung
- Ergänzungsleistungen
- Prämienverbilligung
- Mutterschaftsentschädigung

Impressum

Herausgeber:
Aargauischer Gewerkschaftsbund
SP des Kantons Aargau
Postfach 2217
5001 Aarau
Redaktion u. Layout:
Renato Mazzocco
Druck:
Solprint AG, Solothurn
Auflage:
20 000 Exemplare



Auf der Sonnenseite
des Hallwilersees!

Das gepflegte Strandbad für jung und alt!

Beachten Sie auch unsere Menuangebote! Für besondere Anlässe, wie Familien- oder Vereinsausflüge, unterbreiten wir Ihnen gerne ein spezielles Angebot.

Grosse Liegewiese (Sonne und Schatten), mehrere Grillmöglichkeiten, Spielplatz mit Kinderbassin und Spielgeräten, Volleyballfeld, Bootsvermietung, Camping, neue Mehrbettzimmer (4x8 Betten, 1x2 Betten) und Küche, Gartenterrasse. Offener Eingangsbereich für Passanten!

Stiftung Arbeiterstrandbad Tennwil
056 667 14 34 - www.tennwil.ch - strandbad@tennwil.ch

Mit gutem Gewissen
gut anlegen.

Tel: 062 836 40 80,
www.bankcoop.ch

Bank Coop AG, Hintere Vorstadt 8, 5001 Aarau

Eine anständige Bank
bank coop

Eine linke Stimme

von Seite 1

Farbtupfer dazu. Kontrapunkte setzen, andere Menschen zu Wort kommen lassen, das passte allerdings nicht allen. Die Parteinahme für die Anti-AKW-Bewegung oder die Zürcher Unruhen belasteten nicht nur das Verhältnis zu Partei und Gewerkschaften. Durch die Polarisierung nahm auch die Leserbindung spürbar ab. Den einen war der „Freie Aargauer“ zu links, den anderen zu ideologisch oder zu grün. Zwar gelang es immer wieder, neue Gruppierungen anzusprechen. Der Abonnenten-Schwund konnte damit aber nicht wettgemacht werden.

Der Kampf ums wirtschaftliche Überleben begann aber nicht erst in den 80-er Jahren, er war von Anfang an ständiger Begleiter. „Für die Ideen des demokratischen Sozialismus einzustehen, der Gerechtigkeit, wirtschaftliche und soziale Geborgenheit und Freiheit will, bringt einer Zeitung in unserer heutigen Wirtschaftsordnung, wo immer noch die Mächtigen regieren, Nachteile“, stellte schon Silvio Bircher Mitte der 70-er Jahre fest.

„Stolz darauf sein, ungeschminkt die Wahrheit verkünden zu können“, war das eine, brachte das sozialdemokratische Parteiorgan ökonomisch aber nicht weiter. Für den grossen Wurf fehlte das Geld oder dann standen regional- und parteipolitischen Interessen im Weg. So auch 1970, als sich zehn sozialdemokratische Zeitungen - darunter auch der FA - im AZ-Ring zusammenschlossen. Am 5. Januar erschienen die neuen AZ“ mit einer Gesamtauflage von 68 000 Exemplaren.

200 000 Leser sollten mit dieser Zeitung erreicht werden, eine gute Plattform für Inserenten, hoffte man. „Wir sind die fünfgrösste deutschsprachige Tageszeitung“, frohlockte der Leitartikel vom 5. Januar. Die neue „AZ“ sei „ein Experiment“, stellte Redaktionsleiter Helmut Hubacher fest. Jede „AZ“ produzierte ihren eigenen Lokalteil, für den internationalen und nationalen Teil war die Zentralredaktion in Zürich unter

der Leitung von Helmut Hubacher zuständig. Weiter plante man, mit der „Wiener Arbeiterzeitung“ zusammenzuarbeiten. Insgesamt hatte die Zeitung 18 Seiten, die auch Sport, Gesellschaft, Kultur

und neu eine letzte Seite mit vermischten Meldungen umfassten.

Doch die neue „AZ“ hielt nicht lange. Am 21. 12. 1972 brach der AZ-Ring auseinander. Die Abonnentenzahl konnte nicht erhöht werden und die Inserate blieben unter den Erwartungen. In den folgenden Jahren änderten sich die Konzepte der verschiedenen „AZ“ laufend. Alle weiteren Versuche, ein gesamtschweizerisches Projekt mit „dem grössten gemeinsamen Nenner“ auf die Beine zu stellen, blieben Makulatur.

Nur wenige Jahre nach der Einstellung des FA teilten in den 90-er Jahren auch andere SP-Blätter dasselbe Schicksal: In Zürich musste 1992 das nach der Liquidierung des FA weitergeführte „Volksrecht“ endgültig eingestellt werden. Ihr Nachfolgeprodukt, die „DAZ“ ging 1997 ein. Die „Winterhurer AZ“ lebte nur noch als Wochenzeitung weiter. Und auch die „Schaffhauser AZ“ war aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, auf den Wochenrhythmus zu wechseln.

Die 1921 gegründete „Basler AZ“ musste 1992 das Handtuch werfen. Auch in Luzern gingen in den 90-er Jahren linke Zeitungsprojekte wie „Luzern heute“ oder die „WOZ Luzern“ ein. 1993 kam das Ende für die seit 1919 bestehende „Solothurner AZ“. Die 1904 gegründete „Ostschweizer Arbeiterzeitung“ erschien 1996 zum letzten Mal. Und schliesslich ging 1997 die 105-jährige „Berner Tagwacht“ ein. Ihre Nachfolgerin, die Wochenzeitung „Die Hauptstadt“, überlebte nur ein halbes Jahr.

Übrigens: Bereits einen Tag nach der letzten Ausgabe des „Freien Aargauers“ erschien am 1. Mai 1987 das von der SP Aargau initiierte Nachfolgeprodukt „AZ/Freier Aargauer“, herausgegeben von der Genossenschaftsdruckerei Olten als Trägerin der „Solothurner AZ“. Das Experiment, mit einer Vollzeitstelle in Aarau „den fortschrittlichen Kräften, der Arbeitnehmerschaft und den Minderheiten im Aargau“ doch noch eine Stimme zu bewahren, war indessen auch nur ein kurzes Leben beschieden.

PRIVAT, PRIVATER, AM PRIVATESTEN ?

Der Bundesrat und mit ihm SVP und FDP wollen die Swisscom möglichst rasch – an wen und wohin auch immer – verkaufen. Economiesuisse liebäugelt mit der Privatisierung der Post. Und eine Mehrheit des Grossen Rates will die Aargauische Kantonalbank möglichst rasch an die Börse bringen.

Die Gründe für den Ausverkauf der Staatsbetriebe sind unterschiedlich: Den einen ist es ein Dorn im Auge,

**Von Urs Hofmann
Nationalrat / Präsident Aargauischer
Gewerkschaftsbund**

das Staatsbetriebe rentieren und so die Gewinne der Allgemeinheit und nicht einigen wenigen Aktionären zugute kommen. Andere wollen rasch Kasse machen, um die Steuern für Wohlhabende senken zu können. Und schliesslich wird ganz einfach ideologisch argumentiert: Die reine ordnungspolitische Lehre verlange Privatisierungen. Der private Wettbewerb spiele ja bestens. Wolle der Staat den Service public dennoch gewährleisten, so könne er Leistungen auf dem freien Markt bestellen oder die Privatwirtschaft mittels Gesetzen verpflichten, für die Grundversorgung des ganzen Landes aufzukommen.

Wem dient ein abhängiger, schwacher Staat?

Selbstverständlich kann man zuerst die Swisscom, dann die Post und die SBB, man kann die kantonale Gebäudeversicherung, die öffentlichen Spitäler, die Feuerwehr, einen Teil unserer Polizei oder die Gefängnisse privatisieren. Man kann die Wasserversorgung, das Stromnetz, das Gasnetz und die Kantonalbank an Private verkaufen. Privatisierungsvorschläge gibt es unendlich viele!

Auch den Freisinnigen ist es unbenommen, den Staat den sie in den letzten 150 Jahren geschaffen und mitgestaltet haben, portionenweise zu

verhöckern, zu schwächen und letztlich jeglichen Inhalts zu entleeren. All jene, die so denken und handeln, delegieren damit die Verantwortung der staatlichen Gemeinschaft für die Bereitstellung zentraler Dienstleistungen, deren Ausdruck die Unternehmungen von Bund und Kantonen ja sind, und überlassen Staat und Bevölkerung ein für allemal der Abhängigkeit privater Anbieter. Wem aber dient ein abhängiger, schwacher Staat?

Bankrotte als Zeichen einer dynamischen Wirtschaft

Hinzu kommt: Bankrott zu gehen, ist nicht strafbar. Ja, man hört immer wieder: Konkurse seien letztlich Ausdruck einer dynamischen Wirtschaft. Die Risikokultur ennet dem Atlantik sei unserer auch deshalb überlegen, weil man in den USA auch als Konkursit noch ein Ehrenmann sei.

In der Schweiz haben wir nebst vielen kleinen Konkursen auch einige grosse erlebt: So im 19. Jahrhundert den Zusammenbruch der privaten Eisenbahngesellschaften oder unlängst den Untergang der Swissair. Wer musste hier schliesslich zur Not einspringen?

Oft geht's schneller, als man denkt

Doch auch wenn's nicht gleich ganz aus ist: Auch eine Abhängigkeit von anonymen Konzernzentralen, die niemandem in der Schweiz Rechenschaft schuldig sind, kann kein vernünftiger Mensch wollen: Entscheide zur Swisscom, gefällt in Atlanta oder Singapur, die neue Strategie der Post, definiert in Schanghai oder New York, die Stilllegung von Bahnstrecken, beschlossen in Frankfurt oder London. All dies



ohne Rücksicht auf unsere Randregionen und den Zusammenhalt unseres Landes. Wollen wir das?

Wie schnell es geht, kennen wir aus nächster Nähe: Ehemals aargauische Regionalbanken, wie die Allgemeine Aargauische Ersparniskasse, die Aargauische Hypotheken- und Handelsbank oder die Gewerbebank Baden wurden zu 98,8 % von der Credit Suisse übernommen. Solange es der Konzernleitung der CS passt, merkt man bei der Neuen Aargauer Bank von dieser Fremdbeherrschung nicht allzu viel. Doch wenn's einmal ernst gilt: Dann haben die ehemaligen Aktionärinnen und Aktionäre im Aargau nichts mehr zu sagen. Dann liegt der Entscheid bei Herrn Grübel oder wie die Chefs, wo auch immer auf der Welt, dannzumal auch heissen mögen.

Soweit darf es bei der Swisscom, der Post, den SBB oder der Aargauischen Kantonalbank nicht kommen. SP und Gewerkschaften werden sich mit aller Kraft dafür einsetzen!

Für flexibles AHV-Alter ab 62 ! Volksinitiative der Gewerkschaften steht

Erfolg für die Gewerkschaften: Die Volksinitiative „für ein flexibles AHV-Alter“ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) ist zustande gekommen. Von den 108 105 eingereichten Unterschriften waren 106 507 gültig.

Die Initiative will allen, die ihre Erwerbstätigkeit aufgeben, den Bezug der Altersrente ab 62 ermöglichen. Das Gesetz soll den Anspruch bei teilweiser Erwerbsaufgabe regeln und für geringe Erwerbseinkommen einen Freibetrag festlegen.

Beträgt das Erwerbseinkommen weniger als das Anderthalbfache des maximalen rentenbildenden AHV-Einkommens - derzeit weniger als 116 100 Franken - wird die vorzeitig bezogene Rente nicht

gekürzt. Nur die 15 Prozent Männer und 2 Prozent Frauen mit den höchsten Einkommen müssten demnach eine Rentenkürzung in Kauf nehmen.

Der SGB rechnet damit, dass unter dem Regime der Initiative 30 Prozent die AHV-Rente mit 62 Jahren beziehen würden. Von den 63-Jährigen dürften es 50 Prozent sein, von den 64-Jährigen 70 Prozent.

Die jüngste AHV-Initiative des Gewerkschaftsbundes ist das siebte Volksbegehren, das zum Thema Rentenalter eingereicht wurde. Drei davon wurden von den Gewerkschaften lanciert:

25. Juni 1995: Volksinitiative „zum Ausbau von AHV und IV“, die ein flexibles Rentenalter ab 62

für Mann und Frau anstrebte, verworfen mit 72,4 Prozent Nein und von allen Kantonen. Beim gleichen Urnengang wurde die 10. AHV-Revision angenommen.

27. Sep. 1998: Volksinitiative „für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters“ („Aufgang-Initiative“ des SGB), verworfen mit 58,4 Prozent Nein und von 15 6/2 Kantonen.

Die jüngste SGB-Initiative „für ein flexibles AHV-Alter“ wurde im Juni 2005 lanciert. Zuvor, am 16. Mai 2004, war die 11. AHV-Revision, die für Frauen und Männer das AHV-Alter 65 gebracht hätte, an der Urne von 68,6 Prozent und allen Kantonen verworfen worden.

Weitere Informationen erhältlich auf www.ahv-62.ch

DER FUSS
DAS MASS ALLER DINGE



Huber

FUSS - ORTHOPÄDIE
(COMPUTERANALYSE)

GESUNDHEITSSCHUHE
SCHUH - SERVICE

GRABEN 14 5000 AARAU
Tel./ Fax 062 822 19 33



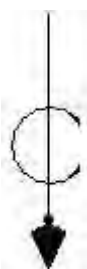
GEWERKSCHAFT KOMMUNIKATION

www.gewerkschaftkom.ch Die Gewerkschaft der Branchen Post, Transport, Logistik, Telekommunikation, Flugsicherung und Informatik

Regionalsekretariat Tel. 041 362 07 77
Zentralschweiz / Aargau Fax 041 362 07 78

Email: regionalsekretariat.luzern@syndicom.ch

**Bist du schon Mitglied der
Gewerkschaft Kommunikation?**



Claudio Eckmann
Maurergeschäft für Umbau – Sanierung – Renovation

5420 Ehrendingen
079 678 87 62



vpod aargau/solothurn
Regionalsekretariat
Bachstrasse 43
Postfach 4209
5001 Aarau

Der Verband des Personals der öffentlichen Dienste vpod grüsst den Freien Aargauer in Erinnerung an die guten und bewegten Jahre mit der Zeitung mit Herz und Verstand für die Arbeiterbewegung.

www.vpod-agso.ch - sekretariat@vpod-agso.ch - 062 834 94 35

Schauen die Schweizer Arbeiter in die Röhre ? Interview mit Kurt Emmenegger, Regio-Sekretär Unia Aargau

Seit über einem Jahr werden im Aargau die flankierenden Massnahmen in Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit mit der EU vollzogen. Welche Erfahrungen wurden bisher gemacht? Wir fragten nach bei Kurt Emmenegger, Regio-Sekretär der Gewerkschaft Unia Aargau und Präsident der Paritätischen Berufskommission Bauhauptgewerbe. Zudem ist er Mitglied der Tripartiten Kommission.

Von Josef Beck
Journalist



Kurt Emmenegger, wie hat sich die Personenfreizügigkeit mit der EU bisher auf den Aargauer Arbeitsmarkt ausgewirkt?

Im Aargau werden monatlich rund 1300 Arbeitskräfte aus dem EU-Raum gezählt. Davon sind 1000 Entsendete, 200 bei Schweizer Arbeitgebern und 100 selbstständig Erwerbende. Das entspricht in etwa den früheren Saisonarbeitsverhältnissen und zeigt: Trotz Personenfreizügigkeit wird der Arbeitsmarkt nicht mit ausländischen Arbeitskräften überschwemmt.

Mit der Ausweitung der Personenfreizügigkeit wurden die Kantone verpflichtet, die verschärften flankierenden Massnahmen umzusetzen. Wie weit ist der Aargau gerüstet?

Der Kanton Aargau hat für die Branchen ohne allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge relativ schnell und zielgerichtet reagiert und bereits im Februar 2005 eine Meldestelle und ein Inspektorat eingerichtet. Inzwischen sind neben einer Teamleiterin, eine Sachbearbeiterin und drei Inspektoren tätig. Die Arbeitsmarktspektoren haben im vergangenen Jahr 507 Kontrollen bei 963 Personen durchgeführt. Rund 10 Prozent der Meldepflichtigen wurden also überprüft - gesamtschweizerisch gesehen kein schlechter Wert.

Und was haben diese Kontrollen ergeben?

In 144 der 507 kontrollierten Betrieben gab es Meldeverstöße, das heisst, Arbeitseinsätze ausländischer Firmen oder Stellenantritte von EU-Bürgerinnen und -Bürgern in aargauischen Betrieben wurden entweder nicht oder falsch gemeldet. Bei 65 Betrieben mit 86 Personen wurden missbräuchliche Löhne registriert. Gesamthaft sind 26 Verfahren für 43 Personen eingeleitet worden. Für 21 Personen mussten Lohnnachzahlungen eingefordert und in 136 Fällen Bussen wegen Meldeverstößen ausgesprochen werden.

Nach dem Entsendegesetz haben die Paritätischen Kommissionen mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern die Aufgabe, zu überprüfen,

ob bei den entsandten Arbeitnehmenden die Bestimmungen des für die entsprechende Branche geltenden GAV eingehalten werden. Wie sieht die Bilanz im Baugewerbe aus?

Nach einigen Startschwierigkeiten hat die Paritätische Kommission insgesamt 43 Betriebe mit 164 Personen überprüft. Zudem wurden vorsorglich bei sämtlichen Betrieben die Lohnunterlagen eingeholt. Bei rund einem Drittel der kontrollierten Betriebe wurden Lohnüberschreitungen festgestellt. Die Kontrolltätigkeit beschränkte sich allerdings bisher auf das Bauhauptgewerbe. Das wird sich in Zukunft ändern: Am 25. April konnte mit einiger Verspätung der Verein für Baustellenkontrollen der Paritätischen Kommission gegründet werden. Für die operative Tätigkeit des Vereins ist in der Startphase ein Geschäftsleiter, ein Inspektor sowie eine halbe Administrativstelle vorgesehen.

Wer bestimmt, welche Branchen kontrolliert werden müssen?

Letztlich das seco mit seinen Richtlinien und den Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen. Ursprünglich war man davon ausgegangen, dass gesamtschweizerisch 150 Inspektoren nötig sind. Mit der Leistungsvereinbarung wird jedoch nicht mehr die Anzahl Inspektoren, sondern das Leistungsziel vorgegeben, was ich als sinnvoll erachte. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass die Nachbearbeitung wesentlich mehr Aufwand verursacht als die eigentliche Kontrolle vor Ort. Aufgrund der Zahlen im vergangenen Jahr gehe ich davon aus, dass der Aargau mit der bestehenden Organisation die vorgegebenen 1000 Kontrollen meistern kann.

Welchen Stellenwert misst Du persönlich den flankierenden Massnahmen bei?

Ich bin überzeugt, dass die flankierenden Massnahmen ein wirksames

Mittel gegen Lohn- und Sozialdumping sind. Wenn wir den ausländischen Unternehmen klar machen, dass kontrolliert wird und ihnen bewusst wird, dass ihnen in schwerwiegenden Fällen untersagt werden kann, während einer gewissen Zeit ihre Dienste in der Schweiz anzubieten, dann wird die Zahl der Verstöße noch erheblich zurückgehen. Wir stehen erst am Anfang. Die Personenfreizügigkeit gilt derzeit nur für die alten EU-Länder. Für die neuen Länder besteht eine Übergangsfrist bis 2009. Und in dieser Übergangsfrist gilt eine staatliche Lohnkontrolle. Erst danach tritt der freie Personenverkehr in Kraft. Es ist deshalb sehr wichtig, dass bis dann

die Kontrollen möglichst flächendeckend durchgeführt werden, um einen Standard durchzusetzen. Dann ist die Gefahr gebannt. Diesen Standard haben wir zurzeit noch nicht erreicht. Was wir mit den flankierenden Massnahmen sicher nicht ausschalten können, sind kriminelle Elemente, die mit Schwarzarbeit und Scheinfirmen ihr Unwesen treiben. Aber das sind Ein-

zelfälle, die keine grosse Ausstrahlung haben.

Trotz allem bin ich fest überzeugt: Wegen der Personenfreizügigkeit werden die Schweizer Arbeitnehmenden nicht in die Röhre gucken. Der Lohn- und Sozialdruck wurde in den letzten Jahren von den Schweizer Unternehmen durch ihr knausriges Verhalten selbst erzeugt.

comedia die Gewerkschaft für den Druck- und Medienbereich !

comedia-Regionalsekretariat
Nordwest- und Zentralschweiz

Rebgasse 1, 4005 Basel
061 681 22 40 / basel@comedia.ch
www.comedia.ch

comedia
die medien**gewerkschaft**
le syndicat des médias
il sindacato dei media
il sindacato da las medias

Gewerkschaften sind wieder eine Kraft !

Kampfbereitschaft schafft Vertrauen: Nach Jahren des Mitgliederchwundes sind die Gewerkschaften wieder eine Kraft und sie haben an Ansehen gewonnen.

Noch vor wenigen Jahren gab es viele, auch linke Stimmen, die sagten, die Gewerkschaften seien ein Auslauf-

Von Rita Schiavi
Mitglied der Geschäftsleitung Unia



modell. Als ich selber vor 25 Jahren begann, in der Gewerkschaft zu arbeiten, waren die Gewerkschaften in breiten Kreisen der Bevölkerung, vor allem bei den jüngeren Leuten, nicht mehr bekannt. Nur bei den Facharbeitern, die traditionell gut organisiert waren, in der Chemischen Industrie und im Baugewerbe wusste man, was eine Gewerkschaft ist und welcher Gewerkschaft man angehören sollte. Die Migrantinnen und Migranten, damals mehrheitlich noch ItalienerInnen und SpanierInnen, waren meist recht gut organisiert, hatten aber viel Kritik an der Gewerkschaft. Für sie waren die Schweizer Gewerkschaften zu wenig militant und es herrschte verbreitet die Meinung, Streiken sei in der Schweiz nicht erlaubt.

Diese Wahrnehmung hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Dazu

beigetragen hat sicher die Tatsache, dass die Schweiz keine Insel mehr ist: auch in der Schweiz gibt es Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und Löhne, die nicht mehr zum Leben reichen! Besonders in den 90er Jahren mussten auch Schweizer Arbeiterinnen, Arbeiter und auch Angestellte erfahren, dass Entlassungen überall vorkommen, niemanden mehr verschonen, nicht einmal mehr die Angestellten der öffentlichen Hand, der Banken und Versicherungen. Die Arbeitslosigkeit ist auch in der Schweiz eine Realität, von der besonders die Jugendlichen und die älteren Arbeitnehmer betroffen sind.

Besondere Empörung rufen in den letzten Jahren die explodierenden Gewinne der Unternehmungen hervor. Oft sind es gerade die Unternehmen, die restrukturieren und Leute entlassen, welche gleichzeitig höhere Gewinne erzielen und ihren Managern fürstliche Saläre bezahlen. Das Auseinanderklaffen der Lohnschere wird zu Recht als grosse Ungerechtigkeit empfunden.

Die Gewerkschaften sind in den letzten 10-15 Jahren aktiver und kämpferischer geworden. Zusammen mit den Gewerkschaften wagen es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder, zu protestieren, auf die Strasse zu gehen und wenn nötig auch zu streiken, um Ungerechtigkeiten abzuwenden und berechnete Anliegen durchzusetzen.

Wichtige Meilensteine der letzten Jahre waren der Streik in der Zentralwäscherei Basel und der Bauarbeiterstreik zur Durchsetzung des Rentenalters 60 auf dem Bau. In beiden Fällen waren die Anliegen der ArbeitnehmerInnen mehr als berechnete und, was sehr wichtig ist, die Anliegen wurden von der Bevölkerung verstanden und unterstützt.

Auch politisch haben sich die Gewerkschaften wieder vermehrt eingesetzt. Mit dem in Rekordzeit gesammelten Referendum gegen die 11. AHV-Revision, das mit einer 2/3 Mehrheit gewonnen werden konnte, haben die Gewerkschaften gezeigt, dass sie auch politisch ein ernst zu nehmender Faktor sind.

Heute stellen wir fest, dass die Gewerkschaften nicht nur bekannt sind, sondern auch hohe Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung haben. Mit einer aktiven, kämpferischen Politik haben wir gezeigt, dass es sich lohnt, zusammenzustehen und für die berechtigten Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu kämpfen.

Wir gestalten
Kommunikation.

CI DESIGN WERNER GRÜNIG
STUDIO FÜR VISUELLE GESTALTUNG
UND DESIGNBERATUNG

www.ci-design.ch



RECHTSAUSKUNFT
der Aargauer Gewerkschaften

Montag 17 - 19 Uhr / Mittwoch 14 - 17 Uhr
Bachstrasse 43, 5000 Aarau
062 834 94 20 - rechtsauskunft@agb.ch

Alle reden vom Wetter.
Wir nicht.

Linksbündiger Klartext
für ArbeitnehmerInnen

8 500 Redaktionsmitglieder
Mitmachen ?

Unia Region Aargau
Bachstrasse 41
Postfach
5001 Aarau
aargau@unia.ch



Die Gewerkschaft.